Bürger*innenbrief

15. Oktober 2025 | Nr. 219

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Mietenpolitik mit Schwung +++ Kohlekraftwerk Wedel als Neverending Story +++ Stadttauben und Tiertränken +++ Bürgerschaftsarbeit der letzten Monate +++ Der Wolf kehrt zurück +++ Das Vergesellschaftungsgesetz ist da +++ Zukunftsentscheid – eine Replik +++ Klimaneutralität 2040 +++ Kulturtipp: Die Tatort des NSU

Ergebnisse einer NDR-Umfrage von Mitte September 2025

Liebe Leserinnen und Leser,

Krieg oder Frieden, soziale Gerechtigkeit oder ein immer weiteres Aufgehen der Arm-Reich-Schere, Klimarettung oder Klimakatastrophe, das sind so die wichtigsten Themen, über die wir – die Politik und vor allem auch die Menschen – zu entscheiden haben. Konzentrieren wir uns dieses Mal nachfolgend auf die Klimafrage.

Auch wenn der Hamburger Zukunftsentscheid mit der Abstimmung am vergangenen Sonntag, den 12. Oktober, bereits gelaufen ist und wir – abgesehen von einer »allerletzten« Meldung am Ende dieser Ausgabe – nur kurz über das Ergebnis berichten können, soll er hier doch das Vorwort bestimmen. Im Kern ging es ja darum, die für 2045 projektierte Klimaneutralität unserer Metropole auf das Jahr 2040 vorzuziehen, wie das übrigens 377 andere europäische Städte bereits fixiert haben. Unabhängig davon, wie das Votum der Bevölkerung nun ausgefallen ist, möchten wir auch von dieser Stelle aus den dringenden Appell erneuern, die nötigen klimapolitischen Maßnahmen beschleunigter, ja, schnellstens, zu ergreifen, um in den kommenden Jahrzehnten nicht in einem Desaster buchstäblich unterzugehen (im letzten BB berichteten wir über neueste Prognosen, was die Erhöhung des Meeresspiegels anbelangt). Dafür zwei Aspekte, die die Dringlichkeit veranschaulichen helfen.

Das international vereinbarte Klimaziel lautet gegenwärtig, die globale Erwärmung auf maximal 2, möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius im Verhältnis zum vorindustriellen Zeitalter *bis zum Jahre 2100* zu begrenzen. Doch das geht glatt an immer mehr Prognosen vorbei. Nehmen wir eine Erklärung

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vom 25. September. Keine Leichtfüße also, die hier laut »taz« online vom 26. September verkünden, dass die globale Erwärmung schneller fortschreite als erwartet und die *magische 1,5-Grad-Grenze bereits 2024* überschritten habe. *Zu befürchten sei vielmehr ein Temperaturanstieg um 3 Grad – bereits bis 2050*! (Mit unabsehbaren Folgen für die Menschen vor allem im Süden und an allen Küsten der Kontinente. »Für Hamburg zum Beispiel«, so Frank Böttcher, der Vorsitzende der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft in einem »Zeit«-Interview vom 25. September, »brauchen wir einen Plan, die Stadt bis zum Jahr 2200 vielleicht 30 oder 50 Kilometer landeinwärts in Richtung Nordosten zu ziehen.« Und schon jetzt könne man sich fragen, »ob es noch Sinn macht, beispielsweise einen neuen Technologiepark oder große Produktionsstätten direkt hinter der Deichlinie zu bauen«.

Wenn schon die Politik nicht mitzieht – so wie im Falle des Zukunftsentscheids, den *alle* Bürgerschaftsparteien bis auf DIE LINKE bekämpften –, dann müssen die Menschen erst recht ran, um ihre Lebensgrundlagen zu verteidigen. Da stimmt immerhin eine Umfrage des NDR von September recht optimistisch. »Die Mehrheit der knapp 22.000 Befragten nimmt den Klimawandel ernst, spürt seine Folgen und fordert mehr Engagement von Politik und Gesellschaft«, so der Kommentar des Senders vom 26. September. 86 Prozent der Befragten schätzen den Klimawandel als sehr oder wenigstens eher ernst ein, nur 13 Prozent messen ihm wenig oder gar keine Bedeutung zu – also das genaue Gegenteil von AfD und Trump, für die allein das Wort Klimawandel ein aus der Sprache zu tilgendes Fremdwort darstellt.

Wer sich ein genaueres Bild machen möchte von den unterschiedlichen Positionen der Fraktionen zur Klimadebatte und zum Zukunftsentscheid, kann sich die am 8. Oktober in der Hamburgischen Bürgerschaft gelaufene, anderthalbstündige Debatte anschauen. DIE LINKE hatte das Thema für die »Aktuelle Stunde« gleich zu Beginn auf die Tagesordnung gesetzt, Motto: »Wir holen die SPD von der Klimabremse! Mit dem Zukunftsentscheid dem Senat Beine machen«. In der Bürgerschafts-Mediathek kann die komplette Diskussion nachvollzogen werden. Viel Spaß damit.

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

Letzte Meldung – Presseerklärung der Linksfraktion vom 8. Oktober

Urteil zur A26-Ost: Ein guter Tag für die Umwelt und die Menschen in Moorburg

Protest gegen den Bau der A26 Ost vor dem Rathaus (Foto: Heike Sudmann)

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat heute entschieden, dass der Planfeststellungsbeschluss für die A26-Ost rechtswidrig ist und in dieser Form nicht fortgesetzt werden kann. Geklagt hatten mehrere Umweltverbände wie der NABU. Dazu Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Das Bundesverwaltungsgericht hat bestätigt, was Umweltverbände und engagierte Bürger*innen vor Ort seit Jahren kritisieren. Bei dem Autobahnprojekt A26-Ost werden die negativen Umweltauswirkungen nicht berücksichtigt. Deshalb ist das heute ein guter Tag für die Umwelt und für die Menschen in Moorburg, Harburg und Wilhelmsburg.«

Auch die Umweltverbände BUND und NABU Hamburg begrüßen das »wegweisende Urteil« des Bundesverwaltungsgerichts, das einen »Sieg für Klima und Moor« darstelle. »Dieses Urteil ist ein Triumph für das Klima. Moore sind natürliche Kohlenstoffspeicher, wer sie aufreißt, heizt die Erde an«, heißt es in der gemeinsamen Presseerklärung ebenfalls vom 8. Oktober. »Die A26 Ost gehört politisch beendet und ersetzt durch eine kürzere und naturverträgliche Lösung entlang bestehender Verkehrsräume«.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Noch mehr Schwung! Die Mietenpolitik der LINKEN kommt voran

Von Heike Sudmann

Über 700 Linken-Mitglieder, Aktivist*innen und Interessierte sind der nachstehenden Einladung gefolgt:

Die LINKE wächst – und mit ihr die Aufgaben. Wir starten gemeinsam in den Herbst mit einer großen Aktivenkonferenz vom 3. bis 5. Oktober 2025 in Berlin. Drei Tage voller praktischer Workshops, politischer Debatten und bundesweiter Vernetzung – und der Startschuss für unsere bundesweite Mietenkampagne! Ob neue Genossin oder langjährig aktiv: Die Konferenz richtet sich an alle, die Lust haben, vor Ort etwas zu bewegen!

[...] und hatten ein aus meiner Sicht tolles und motivierendes Wochenende. Wie groß die Lust und auch der Drang ist, in den großen und kleinen Städten und Kommunen die steigenden Mieten zu bekämpfen, war überall zu spüren. Nicht verbissen, sondern mit Spaß und Kreativität wurden Projekte vorgestellt, Ideen geteilt, weiterentwickelt. »Die Mietenfrage als Klassenfrage«, »Wie wird Beratung politisch?«, »Geschichte von Deutschen Wohnen & Co enteignen«, »Wie wir uns gemeinsam gegen Vonovia wehren«, »Fernwärme, Wärme-Contracting &Co«, »Strategien gegen Mietwucher« [...] Hier kann die Vielzahl von Workshops nachgelesen werden.

Mit Mieter*innen, mit Inis gemeinsam zu arbeiten, auf Augenhöhe, ihnen nicht die Welt u erklären oder sie auszunutzen war ein wichtiger Konsens auf dem Kongress. In Hamburg praktizieren wir das bereits seit Jahren. Dank der vielen neuen Mitglieder können wir das nun noch intensiver fortsetzen. Apropos neue Mitglieder: Dass DIE LINKE bundesweit jünger und weiblicher geworden, war auch auf dem Auftaktkongress deutlich zu sehen und zu spüren. In meiner langjährigen politischen Arbeit habe ich selten so viel Aufbruchstimmung und Begeisterung gesehen und gespürt. Beeindruckend ist auch, wie viele (unterschiedliche) Kompetenzen die neuen Genoss*innen mitbringen.

Die Teilnehmenden aus Hamburg waren sich einig, dass dieser Kongress inhaltlich und auch organisatorisch super war. Die intensive und arbeitsreiche Vorbereitung des Orgateams der Partei hat uns Teilnehmenden einen reibungslosen Ablauf organisiert – und dass bei der Vielzahl von parallel stattfindenden Workshops einem Stationsspiel mit über 700 Teilnehmenden und vielen mehr. Ein Riesendank aus Hamburg dafür!

Die weltgrößte Mietenstopp-Hand

Während DIE LINKE bundesweit ihre neue Mietenkampagne angefahren hat, ist auch die Mietenstopp-Bewegung nicht träge. Am Tag nach Ende des Oktoberfestes – des angeblich größten Volksfestes rund um den Erdball – feierte sich am 6. Oktober in München die internationale Immobilienwirtschaft auf der EXPO REAL, der größten Immobilienmesse der Welt. Die u.a. vom Deutschen Mieterbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund getragene Mietenstopp-Bewegung enthüllte rechtzeitig zum Messestart – natürlich – die weltgrößte Mietenstopp-Hand, um in der Isarmetropole »als temporäres Denkmal den Messe-Gästen einen interessanten Denkansatz auf das Branchen-Treffen mitzugeben: Wohnen ist ein Menschenrecht! Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum!«

Von der Homepage des Deutschen Mieterbundes

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kohlekraftwerk Wedel
Eine Neverending Story!

Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt

Das Kohlekraftwerk Wedel lässt Hamburg nicht los. Oder ist es umgekehrt? Erst Ende 2026 soll die Abschaltung des Kohlekraftwerks erfolgen. Mittlerweile können Wetten abgeschlossen werden, denn es ist nicht das erste Mal, dass die Abschaltung verschoben worden ist. Zunächst sollte das Kraftwerk im Jahr 2013 außer Betrieb gehen (noch zu Zeiten im Eigentum Vattenfalls), dann wurde daraus 2017, 2019, 2021, 2022, 2023, 2025, Herbst 2026 und nun doch erst Ende 2026 (s. Schriftliche Kleine Anfrage Kerstan 2014, Taz 2015, Schriftliche Kleine Anfrage Jersch 2020). Der Energiepark Hafen, wo u.a. Abwärme aus dem Klärwerk und von den Industrieunternehmen sowie das Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk (GuD) Dradenau sollen das Kohlekraftwerk schließlich ablösen. Doch das GuD Dradenau wird später fertig als geplant. 100 zusätzliche Monteure soll es nun richten und die Fertigstellung so beschleunigen, dass das Kohlekraftwerk Wedel Ende 2026 außer Betrieb gehen kann. Wo diese herkommen sollen und mit welchen Kosten die ganze Verzögerung verbunden ist, ist Gegenstand einer Schriftlichen Kleinen Anfrage an den Senat (s. Schriftliche Kleine Anfrage Jersch September 2025). Fest steht, gelingt es nicht das GuD Dradenau nun endlich fertigzustellen, wird das Kohlekraftwerk mit seinen CO_2-Emissionen die Klimaschuld Hamburgs größer machen. Dabei wird gerade im Bereich Energie senatsseitig gerne mit dem Finger auf den Bund gezeigt, der mit dem Bundesstrommix die Hamburger Klimaziele gefährden soll, dabei stammen 65 % der Stromeinspeisung in Hamburg aus fossilen Energieträgern (44 % allein aus Kohle s. Statistisches Amt Nord 2025)

Das Heizkraftwerk ist von Hamburg mit dem Rückkauf des Fernwärmenetzes im September 2019 von Vattenfall übernommen worden. Eine Kraftwerksruine (in den Jahren 1961 bis 1965 erbaut), die nicht nur aufgrund verschobener Abschalttermine negative Schlagzeilen macht, sondern zwischenzeitlich auch, weil Anwohnende des Kraftwerks beim Oberverwaltungsgericht Schleswig eine Eilklage eingereicht hatten (s. Jersch 2020). Grund hierfür war, dass das Kraftwerk gesundheitsgefährdende ätzende Partikel ausgestoßen haben soll. Für die ätzenden Niederschläge machte der Senat damals alternativ den Schiffsverkehr oder Insekten verantwortlich. Auch in Hinblick auf die Selbstverpflichtung zur Reduzierung der Verbrennung von Kohle fiel das Kraftwerk negativ auf (s. Schriftliche Kleine Anfrage Jersch Mai 2025). Der Fairness halber sei hier aber auch erwähnt, dass die Verpflichtung eh nur freiwillig war. Nachdem Block 2 des Kraftwerks wie geplant zwischen den 17. April und 2. September 2025 im Sommerstillstand war, wurde der Block am 3. September wieder angefahren und am gleichen Tag wieder runtergefahren, um danach wieder hochzulaufen. Seitdem kann der Kraftwerksbetrieb als eine On-Off-Beziehung bezeichnet werden (siehe die Abbildung). Und – Surprise, Surprise – die ätzende Partikelniederschläge sind zurück!

Stromerzeugung und Last in Altona im September 2025 (Quelle: Energieportal Hamburg 2025)

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass mit dem Kohlekraftwerk in Wedel hauptsächlich Probleme verbunden sind und diese werden uns somit leider noch einige Zeit begleiten. Bei der Umsetzung großer (infrastruktureller) Großprojekte scheint die einzige Konstante in Hamburg zu sein, dass alles länger dauert. Wenn die Wärmeerzeugung durch das GuD Dradenau erfolgt, soll das Kraftwerk in den Reservebetrieb gehen. Grundsätzlich ist jeder Tag, an dem das Kohlekraftwerk Wedel nicht läuft, ein Gewinn für Klima und Umwelt.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Glosse

Stadttauben und Tiertränken: Begeht der Senat eine Ordnungswidrigkeit?

Von Jens Schultz

Einstimmig hat die Hamburgische Bürgerschaft im September einem Antrag der SPD und der Grünen (Drs. 23/1082) zugestimmt, der darauf abzielt, mehr Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum aufzustellen. Vorbild für diese Brunnen sollen jene Einrichtungen sein, die bereits als Pilotprojekt im Wilhelmsburger Inselpark aufgestellt wurden. Das Besondere an diesen Trinkwasserbrunnen ist, dass diese standardmäßig eine Tiertränke beinhalten. Dies ist aus Sicht des Tierschutzes in der Stadt erfreulich und wird sicherlich auch von vielen Tierhalter*innen begrüßt.

Trinkwasser für Mensch und Tier (Fotos: Jens Schultz)

Doch halt! Was sagte uns der Senat auf eine Kleine Schriftliche Anfrage (Drs. 23/1311) von Stephan Jersch zum Thema Tränken für Stadttauben? *»Auch Trinkwasser, das für die Versorgung von Tauben vorgesehen ist, fällt unter die Verordnung über das Verbot des Fütterns von verwilderten Tauben (Taubenfütterungsverbotsverordnung) vom 1. April 2023«*, so eine Antwort des Senats.

Mit anderen Worten: Das Aufstellen von Tränken für Stadttauben ist eine Ordnungswidrigkeit und damit verboten. Demnach verstößt der Senat also nun selbst gegen die Taubenfütterungsverbotsverordnung, indem er Trinkwasserbrunnen mit integrierten Tiertränken aufstellt, die sicherlich auch von Stadttauben genutzt werden. Und wie heißt es in der Verbotsverordnung weiter? *»Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.«* Das wird also teuer für die Stadt ...

Okay, das alles ist jetzt überspitzt formuliert. Aber diese Gedanken zeigen halt auf, wie widersprüchlich der Senat hier vorgeht. Das Ziel muss sein, den Schutz der Stadttauben weiter auszubauen. Dazu gehört, dass das Taubenfütterungsverbot zumindest für ehrenamtliche Tierschützer*innen gelockert wird, die durch gezielte artgerechte Fütterung beispielsweise kranke Tiere anlocken und einfangen können, um diese zu behandeln. Genauso darf es nicht unter Strafe gestellt werden, wenn Personen in der heißen Sommerzeit Tränken für Stadttauben aufstellen. Hier gibt es also hinsichtlich des Tierschutzes in der Stadt noch einiges zu tun.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Bericht der Hamburger Linksfraktion Bürgerschaftsarbeit März bis September 2025

Beflügelt von einem großartigen Wahlergebnis zur Bundestagswahl haben wir unser Ergebnis auch bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft erneut steigern können und sind mit 15 Abgeordneten in die Bürgerschaft eingezogen. Sechs erfahrene Abgeordnete und neun neue, die sich ebenfalls mit viel Elan in die Arbeit gestürzt haben. Die neue Fraktion hat sich zügig aufgestellt, Mitarbeiter*innen eingestellt, die Fachbereiche zugeteilt und ihre Arbeit engagiert aufgenommen.

Zwischen Hamburg und Bonn

Von Michael Joho

Eingeflochten in diesen Rechenschaftsbericht sind einige Plakate der Bonner LINKEN angesichts der Ratswahl am 14. September (mit anschließender Oberbürgermeister*innen-Stichwahl am 28. September). Ich habe die Plakate fotografiert und mich daran erfreut, dass DIE LINKE mit ihren Themen geradezu unverkennbar ist, egal ob in Hamburg, Bonn oder München, wo ich mich in den letzten Monaten wegen anhaltender Archivrecherchen öfters aufhalte. In Bonn hat DIE LINKE bei der Ratswahl 8,7% eingefahren und sich damit um 2,7 Prozentpunkte gesteigert. Die CDU kam an diesem 14. September auf 31,9% (+6,2%), die GRÜNEN auf 26,3% (–1,6%), die SPD auf 22,8% (–3,8%), die AfD auf 6,0% (+2,8%), die FDP auf 2,9% (–2,3%) und der Bürger Bund Bonn (BBB) auf 5,3 Prozent. Bei der Stichwahl des OB obsiegte Guido Déus (CDU) und löste damit nach fünf Jahren Katja Dörner (GRÜNE) ab. Das ist bedauerlich, aber 8,7 Prozent für DIE LINKE sind erfreulich. Schließlich geht es hier um die ehemalige, auf Geheiß von Konrad Adenauer 1949 eingesetzte Bundeshauptstadt, in der die CDU bis 2020 ohne Unterbrechung die – meist mit großem Abstand – stärkste Fraktion stellte.

Trotz einer gestärkten CDU konnten SPD und GRÜNE ihre Koalition fortsetzen. Wohin die Reise gehen würde, wurde dabei schnell klar. Parkplatzmoratorium statt konsequenter Klimapolitik, die Olympia-Sau soll nochmal durchs Dorf getrieben werden und Investitionsmöglichkeiten sollen trotz erweiterter Handlungsspielräume kaum genutzt werden. Der rot-grüne Senat biedert sich weiterhin an kapitalistische Oligarchen an. Deutlich wird dies nicht nur bei der Kühne-Oper, sondern auch dem Elbtower, der angeblich ohne jede städtische Beteiligung gebaut werden sollte und jetzt wahrscheinlich doch querfinanziert werden wird. Die Rüstungsspirale wird auch aus Hamburg gedreht: Mit dem Einstieg von Rheinmetall bei Blohm und Voss, dem Großmanöver »Red Storm Bravo«, Veteranentags-Appellen und Rüstungsmilliarden, die nach Hamburg geholt werden sollen. Auf der Kehrseite stehen Sozialkürzungen, die inzwischen unverhohlen von der SPD auch in Richtung Bund eingefordert werden, um »finanziell zu entlasten«.

Unter dem Druck des erstarkenden Faschismus fahren CDU und SPD eine immer härtere Repression gegen Geflüchtete. Eine Strategie, die lediglich dazu beiträgt, rechte Narrative zu verstärken. Mit ihrer Politik sozialer Entrechtung bereiten CDU, SPD und GRÜNE den Nährboden, auf dem die AfD wachsen kann. Wirksam gegen rechts wäre das Gegenteil: Eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, die Verteidigung von Minderheitenrechten und ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus, das auch aktiv auf die Straße getragen wird.

Bonner Impressionen vom September 2025 (Fotos: Michael Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Die Aufgaben für uns als Linksfraktion sind klar: Gegenhalten gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen Angriffe auf Minderheitenrechte, alte und neue Faschist*innen und gegen den sozialen Kahlschlag. Wir zeigen mit unserer Arbeit, unseren Vorschlägen und Konzepten konkret auf, dass eine andere, bessere Politik in Hamburg möglich wäre. Wir entwickeln dabei all unsere Ideen in und mit der Partei und den Bewegungen. Auch das unterscheidet uns von den anderen Fraktionen.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode beschäftigte auch Hamburg sich mit der durch bundesgesetzliche Änderungen möglich gemachten Lockerung der Schuldenbremse. Die dafür notwendige **Änderung der Hamburger Landesverfassung** wurde von uns mitgetragen und wir haben eine weitergehende Initiative zur **Abschaffung der Schuldenbremse** sowie die Idee einer Hamburger **Investitionsoffensive** eingebracht. Als einzige Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft haben wir den Plänen widersprochen, finanzielle Spielräume jetzt vor allem für militärische Zwecke zu nutzen und zivile Bereiche militärisch umzubauen. Mit Initiativen zur städtischen **Übernahme des Krankenhauses Groß-Sand**, mit **Investitionen** für den **sozialen Wohnungsbau und den Hafen** sowie der Forderung, die restlichen **Fernwärmenetze** endlich zurückzukaufen und damit den Volksentscheid vollständig umzusetzen, haben wir mit konkreten Projekten deutlich gemacht, in welchen Bereichen wir verstärkte Investitionen einfordern.

Erfreulich war, dass der Beginn der Legislatur auch von einem Erfolg geprägt war: Insbesondere der jahrelange Einsatz von Cansu Özdemir führte zur parteiübergreifenden Verabschiedung eines Antrages zur »**Unterstützung der gehörlosen Menschen in Hamburg,** für ihren Kampf um Anerkennung, Aufarbeitung von erlittenem Leid und Förderung niedrigschwelliger Hilfen«.

Der Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur in verschiedenen Gesellschaftsbereichen ist weiterhin eines der wichtigsten parlamentarischen Handlungsfelder. Mit Anträgen zur **Versorgung vordringlich wohnungssuchender Haushalte** und **kostenlosen Schulessen** sowie der Forderung nach **leistbaren Mieten bei der SAGA** spielte weiterhin die Frage von Wuchermieten und Wohnungslosigkeit eine wichtige Rolle. Erfolgreiche Aktionen zum Thema **Hitzeschutz** und öffentliche **Toiletten** machen deutlich, dass eine vernünftige Infrastruktur im öffentlichen Raum im allgemeinen Interesse liegen sollte. Anders als bei anderen Parteien ist für uns dabei klar: Wir wollen allen hier lebenden Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Das gilt selbstverständlich auch für geflüchtete Menschen. Wir verteidigen deshalb das **Kirchenasyl** und haben zur Sicherung des Existenzminimums für Schutzsuchende u.a. beantragt, die Räume des »Dublin-Zentrums« für reguläre Unterbringung nutzen. Ganz praktisch unterstützen wir Betroffene durch unsere Beratung

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

bei inländischen und ausländischen Eingaben. Und wir beteiligen uns natürlich mit Elan an den sehr erfolgreichen Bezahlkarten-Tauschaktionen der Partei, eines der großen Debattenthemen im Sommer. Anders als die Grünen es darstellen, ist die Bezahlkarte ein Instrument der Diskriminierung, das jetzt auf weitere Gruppen ausgeweitet werden soll. Ein treffliches Beispiel dafür, weshalb gegenseitige Solidarität so wichtig ist im Kampf gegen die immer neuen Zumutungen, die die Herrschenden sich ausdenken.

Den aktuellen Debatten über notwendige Leistungseinschränkungen bei »Transferleistungen« und der rassistischen Propaganda gegen Geflüchtete stellen wir unsere Konzepte einer sozialen Gesellschaft entgegen und machen klar: Wir verstehen uns als Vertreter*innen der lohnabhängigen Klassen, deren gemeinsamene Interessen wir bei aller Diversität gegen diejenigen der Herrschenden vertreten. Reichtum besteuern und Zukunftsinvestitionen tätigen statt Kürzungsorgien im Sozialen und grenzenlose Aufrüstung!

Die Frage der Klimagerechtigkeit ist in öffentlichen Debatten in den Hintergrund gerückt. Das Problem wird sich allerdings nicht von selbst erledigen und Handeln ist weiterhin dringend notwendig. Wir unterstützen deshalb den Klimaentscheid und drängen den Senat mit Anfragen und Anträgen zu einer zukunftsfähigen Klimapolitik.

Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet in vielen Bereichen voran. Sie führt auch im inneren zu einem autoritäreren Staat. Unsere Forderungen nach einer Demokratisierung und mehr Transparenz bei der Polizei bleibt deshalb wichtig. Konkret haben wir eine **Aufzeichnungspflicht für Bodycams** bei der Anwendung unmittelbaren Zwangs beantragt, um die Praxis der »einseitigen Beweisbeschaffung« zu begrenzen. Mit rund 200 Teilnehmenden war der ›**Kongress über Polizei und gesellschaftliche Sicherheit‹, den wir gemeinsam mit der Braun-Weißen Hilfe und dem Forschungsnetzwerk Sicherheit & Polizei veranstaltet haben, ein voller Erfolg.** Den Hamburger Verfassungsschutz, der in diesem Jahr 75-jähriges Bestehen feiert, halten wir weiterhin nicht für reformierbar und fordern seine Abschaffung.

Viele Menschen fühlen sich in Hamburg weniger sicher denn je. Die Zahl der getöteten Frauen ist angestiegen, antisemitische und rassistische Vorfälle häufen sich und das Gewaltpotenzial von rechts steigt. Diese Fragen innerer Sicherheit werden von anderen selten in den Vordergrund gerückt. Wir finden: Alle Menschen, die hier leben, müssen sicher und frei von Gewalt leben können.

Als Fraktion verstehen wir uns nicht nur als Stimme für soziale Gerechtigkeit in Hamburg, sondern auch als **Teil internationalistischer Kämpf**e. Solidarität über Grenzen hinweg gehört zu unserem politischen Selbstverständnis. Wir haben uns deshalb dafür engagiert, dass der Senat humanitäre Hilfen für Gaza organisiert, Haftbefehle des internationalen Strafgerichtshofes umgesetzt, Waffenlieferungen an Israel sofort gestoppt und Palästina als Staat anerkannt wird. Darüber hinaus standen wir in den letzten vier Jahren an der Seite der afghanischen Mädchen und Frauen im Widerstand gegen die Gewalt der Taliban und haben ihre Forderungen nach Freiheit und Selbstbestimmung in unsere Arbeit getragen. Ebenso haben wir mit unserer Veranstaltung zur kurdischen Jin Jiyan Azadî-Bewegung die Kämpfe von Frauen weltweit sichtbar gemacht und unterstützt. Damit zeigen wir: Unsere Politik ist stets verbunden mit dem Anspruch, lokale Kämpfe mit globaler Solidarität zu verknüpfen.

Der Kampf um gute Arbeit stellt einen wichtigen Handlungsbereich für uns dar. Die Auseinandersetzung um einen armutsfesten Mindestlohn wird von uns weiter vorangetrieben. Mit Anträgen zur **Stärkung der Tarifbindung** und Maßnahmen gegen **Mindestlohnbetrug**, Betriebsratsmobbing und Arbeitsschutzverstöße, beispielsweise bei **Lieferdiensten**, haben wir uns dafür eingesetzt, staatliche Handlungsspielräume zu nutzen, um die Kampfbedingungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zu verbessern.

Zu einer vernünftigen sozialen Versorgung gehört für uns auch die Bereitstellung guter Bildung. Das ist aufgrund des selbst vom Senat herbeigeführten Fachkräftemangels an Hamburger Kitas oft nicht gewährleistet. Wir haben

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

deshalb eine Fachkräftestrategie für **Pädagogische Kräfte an Hamburger Kitas** beantragt. Um mehr Menschen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen haben wir die Einführung eines **KulturPass** vorgeschlagen. Wir arbeiten zudem weiter an der Schaffung einer **KiJu-Karte**, um Kindern und Jugendlichen mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Die Auseinandersetzung um eine gute Gesundheitsversorgung in der Stadt war von den Leistungseinschränkungen des Krankenhauses **Groß-Sand** geprägt. Als einzige Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft haben wir uns für den Erhalt als echtes Krankenhaus in öffentlicher Hand ausgesprochen. Darüber hinaus haben wir die Einrichtung eines **Stadtteilgesundheitszentrums in Steilshoop** gefordert.

Um die Infrastruktur in den Bezirken zu stärken, haben wir uns mit einem Antrag für den Erhalt des Bürgerhauses Bornheide und eine bessere Finanzierung aller **Bürgerhäuser** ausgesprochen. Die Rettung des Café OsBorn ist auch den aktiven Linken in Altona und der Bürgerschaft zu verdanken.

Wir finden: Die Stadt und der öffentliche Raum gehören uns allen. Wir unterstütz(t)en die Volksinitiative Hamburg werbefrei und haben einen Antrag zur kritischen Prüfung der **Auswirkungen digitaler Werbung im öffentlichen Raum** gestellt. Und wir werden weiterhin aktiv sein gegen Werbung für die Bundeswehr im öffentlichen Raum.

Mit einer starken, aktiven und wachsenden Partei im Rücken werden wir auch weiterhin Druck machen für unsere gemeinsamen Ziele: In Bewegung auf der Straße, streitbar in den öffentlichen Debatten und mit fundierten Konzepten und kritischen Fragen im Parlament.

Antragsliste[1]

- Preiserhöhung fürs Schulessen zurücknehmen!, Drucksache 23/1439, Antrag vom 10.9.2025
- KulturPass in Hamburg einführen, 23/1438, Antrag vom 10.9.2025
- Echte Frühjahrsferien einführen!, 23/1437, Antrag vom 10.9.2025
- Antrag zur Sicherung eines langfristigen Liegeplatzes für die MS Stubnitz in Hamburg, 23/1436, Antrag vom 10.9.2025
- Schweigen brechen, deutsche Verantwortung anerkennen, humanitäre Hilfe leisten, 23/1435, Antrag vom 10.9.2025
- »Unser Hamburg – unser Netz« – Rückkauf der restlichen Fernwärmenetze, 23/1434, Antrag vom 10.9.2025
- Hafeninvestitionspläne offenlegen, 23/1403, Antrag vom 9.09.2025
- Pädagogische Fachkräfte für Hamburgs Kitas gewinnen – duale Erzieherausbildung nachhaltig einführen, 23/1373, Antrag vom 8.9.2025
- Kommunales Medizinisches Versorgungszentrum und Stadtteilgesundheitszentrum für Steilshoop gründen, 23/1335, Antrag vom 4.9.2025
- Taskforce Lieferdienste zur Aufklärung von Missständen bei Lieferando & Co, 23/1272, Antrag vom 27.8.2025
- Wohnungslosigkeit wirksam bekämpfen – Versorgung vordringlich wohnungssuchender Haushalte verbessern, 23/1271, Antrag vom 27.8.2025
- Unterstützung der gehörlosen Menschen in Hamburg für ihren Kampf um Anerkennung, Aufarbeitung von erlittenem Leid und Förderung niedrigschwelliger Hilfen, 23/821, Antrag vom 15.7.2025
- Individuelle Förderung sichern – vielfältige und qualifizierte Trägerstrukturen stärken, 23/819, Antrag vom 2.7.2025
- Eine mobile »Toilette für Alle« für jeden Bezirk, 23/789, Antrag vom 1.7.2025
- Öffentliche Verantwortung statt Freiwilligkeit: Hitzeschutz für alle, 23/680, Antrag vom 18.6.2025
- »Zukunft von Groß-Sand sichern: Notfallversorgung erhalten, Beschäftigte schützen, Stadtteil einbinden – gemeinnützig und öffentlich!«, 23/661, Antrag vom 17.6.2025
- Bürgerhaus Bornheide und Café Osborn53 retten. Bürgerhäuser in allen Bezirken bedarfsgerecht ausfinanzieren!, 23/551, Antrag vom 4.6.2025

[1] Alle Anträge und überhaupt sämtliche Drucksachen sind abrufbar über die Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

- Einführung Verpackungssteuer, 23/458, Antrag vom 20.5.2025
- Aufzeichnungspflicht für Bodycams bei der Anwendung unmittelbaren Zwangs, 23/338, Antrag vom 7.5.2025
- »Ich pflege wieder, weil ...« Modellprojekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege umsetzen und ausgestiegene Pflegekräfte zurückgewinnen, 23/337, Antrag vom 7.5.2025
- Digitale Außenwerbemedien ins Medienkonzentrationsrecht einbeziehen, 23/324, Antrag vom 6.5.2025
- Hamburg bald Schlusslicht bei der Tarifbindung? Jetzt wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Tarifbindung entwickeln!, 23/227, Antrag vom 23.4.2025
- Existenzminimum für Schutzsuchende wahren und Räume des »Dublin-Zentrums« für reguläre Unterbringung nutzen, 23/226, Antrag vom 23.4.2025
- Digitale und bewegte Werbung im öffentlichen Raum: Gefahren und Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen prüfen!, 23/116, Antrag vom 9.4.2025
- Reform der Schuldenbremse nutzen – Investitionsoffensive starten, 23/16 Antrag, vom 26.3.2025
- Plakateflut stoppen, Umwelt schonen – faire Kontingentlösung für Hamburg, 23/15, Antrag vom 26.3.2025
- Nach der Grundgesetzreform zur Schuldenbremse: Spielräume nutzen. Hamburgische Landesverfassung prüfen, 23/14, Antrag vom 26.3.2025

Unsere Fachsprecher*innen

David Stoop, Co-Fraktionsvorsitzender, Fachsprecher für Hafen Haushalt, Öffentlicher Dienst, Europa, Frieden

Heike Sudmann, Co-Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Wohnen, Mieten, Verkehr

Stephan Jersch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer, Fachsprecher für Umwelt, Energie, Klima, Landwirtschaft, Tierschutz

Xenija Melnik, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Wirtschaft, Technologiepolitik

Deniz Celik, Vizepräsident der Bürgerschaft, Fachsprecher für Gesundheit, Innenpolitik, Antifaschismus, Senior*innenpolitik

Dr. Carola Ensslen, Fachsprecherin für Flucht & Migration, Verfassung, Eingaben, Queerpolitik

Olga Fritzsche, Fachsprecherin für Soziales, Arbeit, Eingaben

Marco Hosemann, Fachsprecher für Stadtentwicklung, Erinnerungskultur, Denkmalschutz, Tourismus, Bezirkspolitik

Kay Jäger, Fachsprecher für Hafen, Öffentliche Unternehmen, Gewerkschaften

Marie Kleinert, Fachsprecherin für Kultur, Medien, Netzpolitik, Nachhaltigkeit, Städtepartnerschaften

Hila Latifi, Fachsprecherin für Feminismus, Diversity, Integration, Antidiskriminierung

Jan Libbertz, Fachsprecher für Justiz-, Familien- und Jugendpolitik

Thomas Meyer, Fachsprecher für Kita- und Inklusionspolitik

Dr. Sabine Ritter, Fachsprecherin für Schule, Wissenschaft, Ausbildung, Religion

Martin Wolter, Fachsprecher für Sport, freiwilliges Engagement, Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Der Wolf kehrt zurück – Verantwortung statt Schnellschüsse!

Von Janine Burkhardt und Jens Schultz

Wolfspaar in freier Wildbahn (Foto: Jens Schultz)

Der Wolf kehrt zunehmend auch nach Norddeutschland zurück. Was vor wenigen Jahrzehnten noch unvorstellbar war, ist heute Realität. Auch Teile von Hamburg gehören zu einem Lebensraum, in dem der Wolf wieder heimisch wird oder diesen zumindest durchstreift. Diese Entwicklung ist aus Sicht des Naturschutzes erfreulich. Zugleich ist der Umgang mit dem Wolf eine Aufgabe für die Gesellschaft und besonders die Politik.

Vor dem Hintergrund zweier gerissener Schafe in Marmstorf fühlt sich die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft veranlasst, den Wolf mittels Antrages in das Jagdrecht aufnehmen zu wollen. Ähnlich wie bei der Frage um die Nutria fällt der Union also nichts Besseres ein, als nach der Flinte zu greifen, um das »Problem« so zu beseitigen. Wer in dieser Situation reflexartig nach der Büchse ruft, macht es sich zu einfach. Die Forderung nach einer Bejagung des Wolfes ist nicht nur rechtlich fraglich, sie ist auch sachlich falsch. Sie löst keine Konflikte, sie verschärft sie. Die Bejagung und Abschüsse schaffen weder Rechtssicherheit für Weidetierhalter*innen, noch wird der Bevölkerung damit Information vermittelt. Im Gegenteil: Rudelstrukturen können zerstört werden und die Bejagung kann zu unberechenbarem Verhalten der Tiere führen. Und das Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliches Handeln wird durch das Abschießen von Wölfen sicherlich auch nicht gesteigert. Eine Bejagung von Wölfen wird den Herdenschutz nicht ersetzen und damit auch nicht zur Befriedung von Konflikten zwischen Mensch und Wolf beitragen. Dass die Wiederkehr des Wolfes mit Konflikten einhergeht, ist gerade vor dem Hintergrund, dass in der Weidetierhaltung seit Jahrzehnten wolfsfrei gewirtschaftet wurde, nachvollziehbar. Um Übergriffe von Wölfen auf Weidetiere zu verhindern, ist Herdenschutz jedoch alternativlos. Das ist wissenschaftlich erwiesen und lässt sich auch anhand zahlreicher Beispiele in Deutschland belegen (z.B. Niedersachsen). Wölfe sind lernfähig, und wenn sie herausfinden, dass Nutztiere leicht zu erbeuten sind, nutzen diese das weiterhin, auch wenn andere Wölfe entnommen werden. Zudem nehmen lokale Wolfsdichten nicht unendlich zu, denn irgendwann ist ein Gebiet mit Rudeln gesättigt, was eine Ansiedlung weitere Wölfe verhindert (u.a. auch abhängig von Fortpflanzung, Nahrungsangebot, Mortalität etc.). Der vorhandene Lebensraum wird in eine beschränkte Zahl von Territorien unterteilt und diese werden aggressiv verteidigt (dichteabhängige Regulation).

Die richtige Antwort auf die Rückkehr des Wolfes ist also nicht das Bejagen. Deshalb hat die Linksfraktion einen Ergänzungsantrag zur oben genannten Initiative der CDU eingebracht. Unser Vorschlag ist, die Richtlinie zum Herdenschutz anzupassen und eine unbürokratische Entschädigungsregelung einzuführen. Zudem streben wir eine Kooperation mit den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen an. Die Akzeptanz in der Bevölkerung kann nur gesteigert werden, indem wir den Umgang mit dem Wolf vorurteilsfrei neu lernen.

Die Rückkehr des Wolfes ist kein Problem – sie ist eine Aufgabe. Sie fordert uns heraus, Verantwortung zu übernehmen, statt in alten Denkmustern zu verharren. Der Wolf ist weder das viel beschriebene Monster in Märchen noch ein Kuscheltier, sondern ein Wildtier, mit dem wir Menschen den Umgang neu erlernen müssen. Hamburg braucht deshalb kein Jagdrecht auf den Wolf, sondern ein modernes Konzept, das Artenschutz, Weidetierhaltung und die Information der Bevölkerung miteinander verbindet. Wer die Zukunft gestalten will, muss neue Wege gehen. Der richtige Weg heißt: schützen, organisieren, informieren – und nicht schießen.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tierschutz am Beispiel

ANTRAG der Abgeordneten Stephan Jersch, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Marco Hosemann, Kay Jäger, Marie Kleinert, Hila Latifi, Jan Libbertz, Xenija Melnik, Thomas Meyer, Dr. Sabine Ritter, David Stoop, Heike Sudmann und Martin Wolter (Fraktion DIE LINKE)

Zu Drs. 23/1588, betr.: Planen statt abballern – Hamburg Wolfs-Richtlinie anpassen

Mit der Rückkehr des Wolfes nach Norddeutschland stellt sich auch für Hamburg die Aufgabe, den Schutz einer streng geschützten Tierart mit den berechtigten Interessen der Weidetierhaltung sowie den Informationsbedürfnissen der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Der Wolf ist ein fester Bestandteil der europäischen Fauna und unterliegt dem besonderen Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes. Zugleich führt seine Anwesenheit in dicht besiedelten Räumen zu neuen Anforderungen an Prävention, Aufklärung und Organisation. Insbesondere landwirtschaftliche Betriebe, die Weidetierhaltung betreiben, sind bislang kaum oder gar nicht mit den Herausforderungen im Umgang mit dem Wolf konfrontiert worden. Der Umgang mit dem Wolf muss neu gelernt werden, denn die Rückkehr des Wolfes versetzt nicht nur landwirtschaftliche Betriebe in eine neue Situation, sondern auch die Bevölkerung in urbanen Räumen, die wenig vertraut mit dem Verhalten des Wolfes und den Möglichkeiten der Konfliktvermeidung (u.a. keine Fütterung etc.) ist. Bei der Diskussion um den Umgang mit dem Wolf ist es wichtig, eine fachgerechte und sachliche Auseinandersetzung zu fördern, statt populistisch negative Emotionen und Ängste zu schüren. Nur auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauend, kann dazu beigetragen werden, Vorurteile abzubauen. Dies ist entscheidend, um den Schutz des Wolfes als auch die berechtigten Interessen von Nutztierhalter*innen und der Bevölkerung zu gewährleisten.

Im Januar 2024 hat die FHH ein Merkblatt zur »Richtlinie der Freien und Hansestadt Hamburg über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zum Schutz vor Schäden durch den Wolf« herausgegeben. Einerseits liegt damit eine Regelung vor, die an das urbane Umfeld angepasst ist und den Fokus auf Prävention legt. Andererseits sind die Erfahrungen mit dem Wolf in der FHH sowie die Infrastruktur (z.B. lokale Wolfsberater*innen) bisher begrenzt. Notwendig ist eine Kooperation mit den Nachbarländern aufgrund der »Grenzüberschreitungen« des Wolfsvorkommens. Weiterhin ist die Hamburger Richtlinie derzeit eher auf Einzelfälle ausgelegt.

Hier empfiehlt es sich, die bisherige Richtlinie durch den Aufbau eines Wolfsberaternetzes, durch Kooperationsvereinbarungen (Monitoring, Probenanalyse, Rissbegutachtung) mit den Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie dem Erstellen von Evaluationen und Monitoring zu ergänzen.

Ziel ist ein klarer Rahmen, der Rechtssicherheit schafft, die Akzeptanz in der Bevölkerung stärkt und sowohl den Schutz des Wolfes als auch die Interessen der Nutztierhalter*innen berücksichtigt. Hamburg kann damit einen wichtigen Beitrag leisten, den ökologischen Wert des Wolfes zu sichern und zugleich die Voraussetzungen für eine konfliktarme Koexistenz zu schaffen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:
Der Senat wird aufgefordert,

1. ein kooperatives Wolfsberater-Netzwerk mit den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen aufzubauen, welches die fachliche Begutachtung, Beratung und Unterstützung bei Schadensfällen gewährleistet.
2. bilaterale Kooperationsvereinbarungen mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen abzuschließen, um Monitoring, genetische Analysen und das Vorgehen bei wandernden oder standorttreuen Wölfen länderübergreifend abzustimmen.
3. die bestehende Förderrichtlinie für Präventionsmaßnahmen zu erweitern, sodass in begründeten Fällen die vollständige Finanzierung von Herdenschutzmaßnahmen (z. B. Elektrozäune, Herdenschutzhunde) ermöglicht wird.
4. eine verbindliche Entschädigungsregelung für Nutztierhalter*innen einzuführen, die unbürokratisch und zeitnah für nachweislich durch Wölfe verursachte Schäden Ersatz leistet, einschließlich Folgekosten (Tierarzt, Beseitigung, Arbeitsaufwand).
5. eine regelmäßige Evaluierung des Wolfsmanagements vorzunehmen und der Bürgerschaft mindestens alle zwei Jahre einen Bericht vorzulegen, der insbesondere Nachweise, Schadensfälle, Fördermaßnahmen sowie Reaktionszeiten darstellt.
6. ein umfassendes Informations- und Bildungskonzept zum Wolf zu entwickeln, das über digitale Kanäle, öffentliche Veranstaltungen und Bildungsangebote an Schulen sachliche Informationen vermittelt und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung stärkt.
7. der Bürgerschaft bis zum 31.03.2026 in dieser Sache zu berichten.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tipps und Termine

Auf der Kundgebung am 31. August – am Vortag des Anti-Kriegstages – vor dem »Kriegsklotz« am Dammtor (Foto: Foto-Archiv-Kollektiv)

Gut 20.000 Menschen haben am 3. Oktober in Berlin, weitere 15.000 in Stuttgart für Frieden und gegen Kriegstüchtigkeit demonstriert. Wer ausführliche Schilderungen der Aktionen, Texte der Ansprachen oder auch Bilder und Filmsequenzen sucht, wird auf der Homepage der Initiative »Nie wieder Krieg!« umfangreich fündig.

Von der Website der Initiative »Nie wieder Krieg!«

Wenige Tage zuvor, am Samstag, den 27. September, hatte es in Berlin bereits eine riesige **Bündnisdemonstration unter dem Motto »Gemeinsam für Gaza«** gegeben, sie mündete in der nachfolgenden Veranstaltung »All Eyes on Gaza«. Insgesamt **rund 100.000** waren an diesem Tag auf den Straßen. Die Mitorganisatorin der Demonstration und Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Iris Schwerdtner: »Berlin hat gezeigt, dass auch in Deutschland, sowie in vielen anderen europäischen Städten, die Menschen nicht weiter bei einem völkerrechtswidrigen Krieg zusehen werden. Das Wochenende ist ein großer Erfolg, es ist das Versprechen an die Menschen in Gaza, dass wir nicht wegschauen«. Einen kurzen Spot zum beeindruckenden Demozug gibt es hier.

.

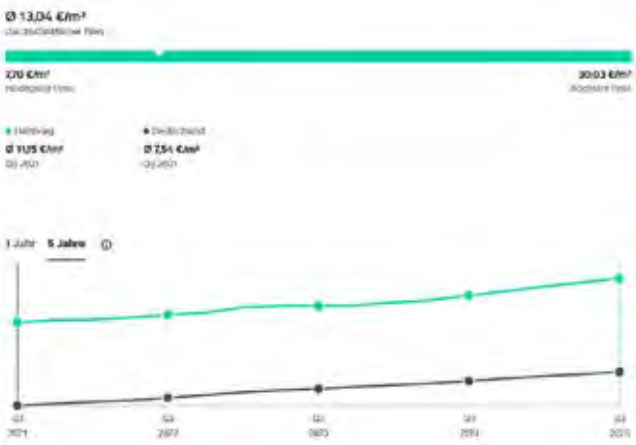
Nur damit es nicht einmal zu wenig notiert wird: Alleine diesem Jahr steigen die **Rüstungsausgaben um 14,74 Milliarden (2024) auf 86,37 Milliarden Euro an, 2026 sollen es bereits 108 Milliarden sein, 2029 dann 150 Milliarden**. Der Personalbestand soll laut »Verteidigungsminister« Boris Pistorius (SPD) in den kommenden Jahren von rund 182.000 auf 260.000 Bundeswehr-Angehörige aufgestockt werden. Die Finanzierung erfolgt über das kaum kontrollierbare »Sondervermögen Bundeswehr« und eine »Bereichsausnahme bei der Schuldenbremse«. Na, für solche Zwecke geht es also. »Schulden für die Sicherheit Deutschlands« nennt dies lapidar das offizielle Bundestagsorgan »Das Parlament« am 20. September. Kommentar Dietmar Bartsch (DIE LINKE): ein »maßloser« Verteidigungsetat, der »die Axt an den Sozialstaat legt«.

Unter akutem Hunger litten im vergangenen Jahre 295 Millionen Menschen, so viele sind es laut OXFAM-Newsletter vom 28. September gewesen, die, im Klartext, dem Verhungern nahe waren. Als Ursachen dafür gelten die Klimakrise, kriegerische Auseinandersetzungen und Vertreibungen. Am häufigsten betroffen von diesem Elend sind Frauen, »denn Ungleichheit und Diskriminierung erschweren ihnen den Zugang zu Eigentum, Bildung und finanziellen Ressourcen und machen es ihnen oft unmöglich, sich ein eigenes Einkommen zu schaffen.« Als »besonders dramatisch« schätzen die OXFAM-Expert*innen die Lage in der Sahel-Region und in Ostafrika ein, nicht zuletzt auch in Kenia.

Rangison Haruhura, alleinerziehende Mutter mit drei Kindern in Kenia, der mit einer Selbsthilfe-Unterstützung die Anschaffung von Ziegen und Hühnern ermöglicht wurde, sodass ihre Familie heute nicht mehr hungern muss. (Foto: OXFAM)

ImmoScout24 berechnet und meldet aufgrund eigener Angebote für das dritte Quartal 2025 den durchschnittlichen **Neuvermietungspreis bei Wohnungen von 13,04 Euro je Quadratmeter** – im Unterschied zum

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



Von der aktuellen Immoscout-Homepage

Wert vor drei Jahren, wo die Nettokaltmiete noch bei 11,15 Euro/Quadratmeter lag. Wie sich die Mietpreise in unserer Stadt entwickeln, fasst der Immobilienmakler wie folgt zusammen: »Im dritten Quartal 2025 liegt der durchschnittliche Mietpreis in Hamburg bei Ø 13,04 €/m², im Vergleich zum Vorjahr (Ø 12,31 €/m² im dritten Quartal 2024) bedeutet dies eine **Steigerung um etwa 6 %**. Der Mietspiegel zeigt somit eine moderate Zunahme der Mietpreise in Hamburg.« Wenn 6 % innerhalb für ImmoScout24 als »moderat« gelten, möchten wir nicht wissen, was dieses Unternehmen für überzogen oder unangemessen hält.

Auch wenn solche Meldungen keinen Spaß machen, sie gehören aber in Hamburg nun mal zum Alltag. Und so sei erneut auf eine weitere Facette des Mietenwahnsinns in unserer Stadt abgehoben. Die Mopo hat's am 3. Oktober berichtet. Auf der Basis des neuen **Studentenwohnreports 2025** sind die Mieten in den Hochschulstädten erneut gestiegen, und zwar durchschnittlich um 2,3 %. Danach kostet eine **Musterwohnung mit 30 Quadratmetern in Hamburg mittlerweile 626 Euro, ein WG-Zimmer mit 678 Euro** sogar noch darüber. Hamburg gehört damit zu den Standorten mit den höchsten Mieten für Studierende. Der **aktuelle BAföG-Höchstsatz** liegt für Studierende bei 992 Euro pro Monat, wenn sie nicht bei den Eltern wohnen. Wenn doch, gibt es maximal nur 664 Euro. Was ja wohl heißt, dass staatlicherseits für die Miete eines/einer studierenden BAföG-Empfangenden gerade mal 328 Euro einkalkuliert sind.

Studentische Idylle – ach wie schön ist das Studentenleben – Titelbild der 67-seitigen Studie vom 1. Oktober 2025

Aber es sind nicht nur die Studierenden, die unter gigantischen Mietpreisen leiden, nun macht sich auch »die Wirtschaft« verstärkt bemerkbar. Ausgehend von einer Anfang Oktober vorgestellten neuen Studie des renommierten Pestel-Instituts **fehlen in Deutschland inzwischen ca. 1,2 Millionen Wohnungen allein in den alten Bundesländern**. »Die Erstarrung der Wohnungsmärkte führt natürlich auch zur Erstarrung der Arbeitsmärkte, weil die Leute nicht mehr umziehen können, um Arbeitsplätze in anderen Regionen anzunehmen«, zitiert die Frankfurter Allgemeine den Pestel-Chefökonom Günther zum Auftakt der EXPO REAL-Immobilienmesse in der bayerischen Landeshauptstadt. »Die Lösung der Wohnungsfrage ist Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung«. Die eigens für die EXPO REAL angefertigte Studie und am 6. Oktober präsentierte »Wohnen im Lebenszyklus« (29 Seiten) umfasst auch die Teile »Wohnen im Alter« (16 Seiten) und »Junges Wohnen« (12 Seiten).

Um **Wege in eine gerechte Zukunft** geht es auf dem **Armutsgipfel 2025**, der dieses Mal am **Mittwoch, den 15. Oktober**, von 10.00 bis 17.00 Uhr im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4–6) stattfindet. Das ganztägige, umfangreiche Programm sieht u.a. thematische Beiträge z.B. zum »Teufelskreis Armut« und zur »Sozialpolitischen Bedeutung des Wohnungsbaus« sowie Fachforen beispielsweise zu »Stadtentwicklung und Armut«, zur zumindest verkündeten »Beendigung von Armut, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030« sowie eine Abschlussdebatte zum Komplex »Bezahlbares Wohnen – ohne Sozialpolitik?« vor. Auf dem Podium dabei Maren Reder (Stadtentwicklungsbehörde), Tanja Chawla

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

(DGB), Baris Önes (SPD), Leon Alam (GRÜNE), Dr. Anke Frieling (CDU) und Heike Sudmann (LINKE). Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung erwünscht. Einfach mal hier gucken.

Die Veranstalter*innen des Armutsgipfels 2025

Was ist Sozialismus heute? – um diese so wichtige Frage dreht sich eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) in Kooperation mit der Linksfraktion Wandsbek am **Mittwoch, den 22. Oktober**, um 19.00 Uhr in der Aula des VHS-Zentrums Ost (Berner Heerweg 183). An diesem Abend werden der ehemalige Vorsitzende der LINKEN 2012 bis 2021, Bernd Riexinger, sowie der Schriftsteller und Politikwissenschaftler Raul Zelik darüber diskutieren, **Warum und wie wir den Kapitalismus überwinden können!** Moderiert wird die Veranstaltung von Regine Brüggemann.

Begleitgrafik zur Veranstaltungsankündigung auf der Homepage der Linksfraktion Wandsbek

Nicht eben häufig kommt bei uns der Sport und erst recht die Sportgeschichte zum Ausdruck. Leider, denn Sport ist eben nicht nur Spiel, Wettkampf und Rekord, sondern Spielball und Ausdruck gesellschaftlicher und damit auch politischer Entwicklungen. Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) nimmt nun mit der neuen Veranstaltungsreihe »**Auf die Plätze...**« die Rolle des Sports, genauer **Sportgeschichte(n) als Gesellschaftsgeschichte** aufs Korn. Auf der ersten Veranstaltung am **Donnerstag, den 23. Oktober**, gibt Olaf Stieglitz (Leipzig) einen **Überblick über Sportgeschichte als Gesellschafts-, Kultur- und Körpergeschichte**. Es folgen Vorträge von Marcel Bois (FZH, am 20.11.) zum Hamburger Ruderinnenclub im Nationalsozialismus, Jutta Braun (Potsdam, am 4.12.) zur deutsch-deutschen Sportgeschichte und Pavel Brunssen (Heidelberg, am 11.12.) zum Umgang des Fußballs mit seiner NS-Vergangenheit. Kai Reinhart (Münster, am 15.1.2026) beleuchtet Skateboarding als Geschichte informeller Bewegungen und Svea Gruber (FZH, am 22.1.2026) widmet sich den Fußballfankulturen der 1990er Jahre. Alle Veranstaltungen finden in der FZH (Beim Schlump 83) statt und beginnen um 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei, die Vorträge werden aber auch online übertragen. Mehr dazu und zu den Themen hier.

Zu einer interessanten, ja, vielleicht sogar brisanten Veranstaltung lädt die Patriotische Gesellschaft für **Montag, den 3. November**, um 19.00 Uhr in ihren Reimarus-Saal (Trostbrücke 6) ein. Schon der Titel **Der Raub am Neuen Wall und die Hamburger Erinnerungskultur** wird einigen reichen Hamburger Familien die Schamesröte ins Gesicht treiben, geht es doch um nichts weniger, als die Bereicherung durch die sogenannte »Arisierung«, die Verdrängung und Enteignung vieler jüdischer Unternehmen im Nationalsozialismus. Rund 40 gab es hier noch im Jahre 1933. Und womöglich noch aufsehenerregender wird es, wenn die Jahre und Jahrzehnte danach beleuchtet werden, wie nämlich dieser gigantische Raub verschleiert und missachtet wurde. Cord Aschenbrenner wird aus seinem kürzlich erschienenen, gleichnamigen Buch lesen. Mehr Information und den Anmeldelink gibt es hier.

»Am 5. November 1960 erschoss ein Polizist, zu einer Auseinandersetzung in einer Niendorfer Metzgerei gerufen, zwei polnische Roma – Karol Kwiek (26) und Joska Czori (27). Schon die erste Funkmeldung der Polizei war durch antiziganistisches Ressentiment geprägt. Tags darauf, bevor überhaupt Roma-Zeugen befragt worden waren, legte sich die Polizei abschließend fest: Die Todesschüsse seien in Notwehr erfolgt. Angestachelt durch die Medienberichterstattung, ließ eine breite Öffentlichkeit ihrem antiziganistischen Hass freien Lauf.« Mit diesen Worten wirbt die Rosa-Luxemburg-Stiftung für eine Veranstaltung am **Mittwoch, den 5. November**, um 19.00 Uhr in den Fanräumen im Millerntorstadion (Heiligengeistfeld 1). Es geht unter dem Titel **Die zweite Verfolgung** um ein schreckliches, lange verdrängtes, genau 65 Jahre zurückliegendes Ereignis, das ein Licht wirft auf die antiziganistische Einstellung von Teilen der Polizei auch noch lange nach der NS-Zeit. Auf der Veranstaltung erinnert Christiane Schneider, mehrjährige Mitherausgeberin des »Bürger*innenbriefes«, an die beiden Opfer, Dr. Yvonne Robel, Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), referiert über **Antiziganistische Strukturen und Praktiken im polizeilichen Handeln nach 1945**. Zudem sind Vertreter*in der Rom und Cinti Union e.V. für ein Gespräch angefragt. Dr. Natascha Clasen vom Verein Fanräume e.V. sorgt für die Moderation. Weitere Infos und Anmeldung im Netz.

Hamburger Abendblatt

Ein Hamburger Deutscher Amateur-Boxmeister

Unterelbe heute erstmals für vier Stunden gesperrt

Wer mit Blutrache droht, wird verhaftet

Kripo warnt die Zigeuner

Niendorf immer noch unter starkem Polizeischutz

John Kennedy ist Favorit / Aber Richard Nixon gibt nicht auf

Heute noch vierstündiges Fernseh-Marathon

Hamburger Polizei droht und schürt antiziganistisches Ressentiments über Das Abendblatt vom 7. November 1960

Der diesjährige **Denkmalsalon** – gemeinsam veranstaltet vom Denkmalschutzamt, dem Denkmalverein Hamburg, der Denkmalpflege Hamburg und der Zeit Stiftung Bucerius – ist für **Donnerstag, den 6. November**, um 18.00 Uhr im Museum für Kunst & Gewerbe Hamburg (MKG, Steintorplatz) angesetzt. Der Abend steht unter dem Motto **Transit. Sozial-, Kultur- und Verkehrsraum Hauptbahnhof**, geht also weit über rein denkmalpflegerische Aspekte hinaus. Kein Wunder, denn der Hauptbahnhof ist – so die Veranstalterinnen – »ein bedeutendes Kulturdenkmal und gleichzeitig ein Ort permanenter Bewegung«. Formate des Abends sind »Impulse, Austausch, Debatte«, als Gäste werden erwartet: bofarchitekten (Wettbewerbssieger zur Erweiterung des Hamburger Hauptbahnhofs), Christoph Ingenhoven von ingenhoven associates (Architekt des neuen Stuttgarter Hauptbahnhofs) sowie Tulga Beyerle (Direktorin des MKG). Die Moderation obliegt der Journalistin Charlotte Oelschlegel (NDR, Deutschlandfunk). Link für mehr Infos und zur Anmeldung.

Gleich danach, am **Samstag, den 8. November**, lädt der alternative Bauträger Stattbau Hamburg zum nunmehr **15. Wohnprojekte-Tag** ein. Seit 1997 wird er im zweijährigen Wechsel vom Baugemeinschaftsforum der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung und eben Stattbau ausgerichtet. Angesprochen werden sollen damit vor allem diejenigen, die am gemeinschaftlichen Wohnen und Bauen interessiert sind sowie bestehende Baugemeinschaften und Wohnprojekte. Getagt wird am 8. November von 11.00 bis 17.00 Uhr erneut im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20), der Eintritt beträgt 5 Euro, Kinder zahlen nix. Es gibt zwei Workshop-Einheiten, der eine von 11.30 bis 13.00 Uhr, der andere von 15.30 bis 17.00 Uhr. Es geht u.a. Themen wie »Wege zum eigenen Wohnprojekt«, »Altwerden im Wohnprojekt«, »Zukünftige Baugemeinschaftsflächen in Hamburger Entwicklungsgebieten« und »Dächer für die Gemeinschaft, Genossenschaft oder Mietshäusersyndikat«. Erstmals ist auch ein Kinderworkshop vorgesehen. In der Mittagspause stellen sich Baugemeinschaften vor, die noch Mitstreitende suchen, ein Vernetzungstreffen selbstverwalteter Wohnprojekte dient dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Und nicht zuletzt ein **Markt der Möglichkeiten** lädt zur weiteren Vertiefung ein. Alles Weitere samt Anmeldung hier.

Ein früherer Wohnprojekte-Tag im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Foto von der Stattbau-Homepage)

Das **Projekt Bauen mit Lehm für Groß und Klein des Vereins Bunte Kuh e.V.** ist der diesjährige Gewinner des mit 15.000 Euro dotierten **Holger-Cassens-Preises**, den die Mara und Holger Cassens-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Patriotischen Gesellschaft hiermit zum 17. Mal vergibt. Das seit 1985 existierende Projekt ist insbesondere in Wilhelmsburg angesiedelt und bietet niedrigschwellige Baukunst-Mitmachaktionen für Kinder und Jugendliche an, barrierefrei und kostenlos. Die öffentliche Preisverleihung erfolgt am **Montag, den 10. November**, um 18.00 Uhr im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 6).

Am **Dienstag, den 11. November**, geht es ab 17.00 Uhr im Ausbildungszentrum Bau der **Hamburger Bau- und Ausbauwirtschaft** (Halle H, Schwarzer Weg 3) um die

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Chancen und Herausforderungen des Hamburg-Standards. Wie kann es mit den veränderten Bauleitlinien gelingen, die Baukosten zu senken und damit tatsächlich auch die Mieten zu senken. Der Hamburg-Standard wird von der Stadtentwicklungsbehörde als ein verbindlicher Leitfaden für kostengünstiges und effizientes Bauen in Hamburg propagiert – also günstiger, aber angeblich ohne die Wohnqualität zu mindern. An der Podiumsdiskussion nehmen teil: Dr. Rolf Bosse (Vorsitzender des Mietervereins), Karen Pein (Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen), Olaf Demuth, (Vorsitzender des Bauindustrieverbandes Hamburg Schleswig-Holstein e.V.), Snezana Michaelis (Vorständin der SAGA), Karin Loosen (Präsidentin der Hamburgischen Architektenkammer) und Peter Kleffmann (Wirtschaftsredakteur beim NDR Hamburg Journal und Moderator der Diskussion). Die Teilnahme ist kostenlos. Interessierte können sich direkt per E-Mail an anmelden.

Am **Freitag, den 14. November**, geben sich Hamburgs Initiativen von unten bei der **Atiko-Werkstatt** wieder ein Stelldichein. Die AktionsKonferenz für eine Sozial-Ökologische-Transformation findet einen Monat nach der Volksabstimmung über den Zukunftsentscheid statt und wird sich mit den Konsequenzen und weiteren Maßnahmen für den gesellschaftlichen Umbau beschäftigen. Im Mittelpunkt steht der Komplex **Sozialgerechter Klimaschutz und Bürger*innenbeteiligung**.

AktiKo. Sozial. Ökologisch. Gerecht.
HAMBURG TRANSFORMIEREN

Link zu den Rahmendaten der Veranstaltung

Last but not least sei an dieser Stelle auf eine weitere Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Kooperation mit »Hamburg enteignet« am **Montag, den 17. November**, um 19.30 Uhr im Haus 73 (Schulterblatt 73) hingewiesen. Diskutiert wird an diesem Abend über **Spiegel, Bremse, Deckel – Krise!** Oder etwas einfacher ausgedrückt um die Frage **Warum kein Weg am Mietendeckel vorbeiführt**. Wohnen sei eine Existenzfrage, heißt es im Programm der RLS. »Während Immobilienkonzerne und Eigentümer*innen die Mieten immer weiter erhöhen stellen wir uns die Fragen: Warum passiert nichts? Was kann eigentlich der Mietenspiegel? Reicht die Mietpreisbremse? Kann ein bundesweiter Mietendeckel den Trend stoppen? Und wie lief das damals eigentlich in Berlin, als es dort einen Mietendeckel gab?« Auf dem Podium: Dr. Rolf Bosse (Mieterverein zu Hamburg), Ann-Kathrin Rückmann (Mieter helfen Mietern), Justus Henze (Bundeskampagne Mietendeckel Jetzt!), Selma Gather (Rechtswissenschaftlerin Berlin/Karlsruhe), Marieke Prey (Fraktionsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE – angefragt) und Emily Laquer (Moderation). Mehr im Netz. Und wer an ständig aktualisierten Informationen über das Thema Mietendeckel interessiert ist, sollte ab und an auf die betreffende RLS-Website schauen.

Mehr über die Initiative Hamburg enteignet und Statements einzelner Engagierter gibt's hier.

GANZ AKTUELL NACH REDAKTIONSSCHLUSS MIT DER BITTE UM BEACHTUNG

Der neue stadtentwicklungspolitische Sprecher der Linksfraktion, **Marco Hosemann, lädt ein zu Vortrag und Diskussion** rund um die Frage, Was bedeutet der Bauturbo für Hamburg? Der Begriff soll suggerieren, dass Bundes- und Landesregierung in die Hufe kommen, den Wohnungsbau zu intensivieren. Doch wie und zu welchen Bedingungen? Und mit Blick auf welche neu entstehenden Wohnungen? Gerade hat der rot-grüne Senat für die nächste Bürgerschaftssitzung einen Antrag eingebracht, Titel: **Wohnungsbau-Turbo sinnvoll in Hamburg nutzen** (Drs. 23/1752). Genau damit setzt sich unser linker Bürgerschaftsabgeordneter am **Mittwoch, den 15. Oktober, ab 19.00 Uhr im Rathaus** (Raum 186) auseinander.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Das Vergesellschaftungsgesetz ist da!

Von Michael Joho

Es ist vollbracht! Genau vier Jahre, nachdem die Berliner Mieter*innenbewegung am 26. September 2021 mit überwältigender Stimmenzahl und einer absoluten Mehrheit für die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen mit mehr als 3.000 Wohneinheiten votiert hat, legte die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« nun die erste Fassung ihres Vergesellschaftungsgesetzes vor. Es handelt sich dabei tatsächlich um das erste Gesetz, in dem eine konkrete Anwendung des Artikels 15 des Grundgesetzes ausformuliert ist. Und was steht da noch mal drin?

»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.«

Die Umsetzung des Volksentscheides von 2021 hatte zunächst die SPD – noch in Koalition mit der LINKEN und den GRÜNEN – sagen wir: verzögert, um sie dann nach Bildung einer CDU-SPD-Koalition 2023 aufs Abstellgleis zu schieben. Nun bringt der Entwurf eines Vergesellschaftungsgesetzes von unten neuen Dampf in die Angelegenheit, durchaus mit erheblicher Relevanz, denn im September 2026 steht die nächste Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses an. DIE LINKE hat bei den Wahlprognosen in den vergangenen Monaten stark zugelegt, sodass sich absehbar die SPD erneut die Gretchenfrage stellen muss, ob sie für eine Wiederbelebung der rot-rot-grünen Koalition von 2016 bis 2023 (und damit für die Umsetzung des Volksentscheides) oder für eine schwarz-rote Koalition wie seit 2023 (und damit für eine weitere Torpedierung des Volksentscheids) plädieren wird.

However, erst einmal kann die wieder erstarkende Berliner Mieter*innenbewegung mit der Vorlage des Vergesellschaftungs-Gesetzentwurfs einen wichtigen Erfolg verbuchen. Sollte er wirklich umgesetzt werden, würden rund 220.000 Wohnungen in Berlin in Gemeineigentum überführt und für ca. 400.000 Menschen gesicherte Mieten geschaffen werden. Wer sich für den 12-seitigen Entwurf des »Gesetzes zur Überführung von Wohnimmobilien in Gemeineigentum (Vergesellschaftungsgesetz – VergV)« vom 26. September 2025 und die 70-seitige Begründung interessiert, schaut hier. Und ganz wunderbare Informationen und allerlei fotografische Impressionen über die Aktionen in Berlin liefert die Website.

Mir geht einfach das Herz auf, wenn ich dort solche Sätze lese wie diese: »[...] Vor diesem Hintergrund wird mit diesem Gesetz ein substanzieller Anteil des Berliner Mietwohnungsbestandes aus dem privatwirtschaftlichen in einen gemeinwirtschaftlichen Sektor überführt. Die Überführung dient dem Zweck, den Wohnraum nicht mehr nach den Grundsätzen privaten Gewinnstrebens, sondern gemeinwirtschaftlich zu bewirtschaften: Nur durch die Überführung von Privateigentum in eine Form der Gemeinwirtschaft ist die Vergesellschaftung als grundlegende Umgestaltung der skizzierten ökonomischen Macht- und Verwertungsbeziehungen möglich [...]«. (Aus der Begründung Seite 3).

Kampagnenfotos der erfolgreichen Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen.

Auch »Hamburg enteignet« hat natürlich höchst erfreut auf die Berliner Vorgabe reagiert. In einer ersten Reaktion schrieb Regine Christiansen, eine der drei Vertrauenspersonen der Volksinitiative, am 2. Oktober: »Die Ereignisse in Berlin sind ein starkes Signal auch für uns in Hamburg. Sie zeigen, dass Vergesellschaftung keine abstrakte Forderung ist, sondern ein realer und umsetzbarer Weg. Der Berliner Gesetzentwurf erhöht damit den Druck auf Bundes- wie auch auf Landesebene und macht deutlich: Stillstand in der Wohnungspolitik ist keine Option mehr. Für uns in Hamburg bedeutet das Rückenwind – und zugleich den Auftrag, auch hier für die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen und damit für eine Demokratisierung des Wohnungsmarkts zu kämpfen.« Das **nächste Treffen** der Initiative »Hamburg enteignet« findet übrigens am **Dienstag, den 14. Oktober, um 19.00 Uhr** im Gängeviertel statt. Wer auf dem Laufenden bleiben will, kann der Ini auf Instagram folgen oder auch den Telegramchannel abonnieren.

»Kiezteam Lichtenberg« bei einer Aktion der Initiative 2002

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Vergesellschaftungsgesetz vorgestellt

»Historischer Moment für Berlin«

Presseerklärung der Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen vom 26. September 2025

Die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen hat heute das bundesweit erste Vergesellschaftungsgesetz vorgestellt. Der Gesetzesentwurf regelt die Überführung von rund 220.000 Wohnungen großer Immobilienkonzerne in Gemeineigentum und kann so dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in Berlin sichern. In einem Gesetzesvolksentscheid sollen die Berliner*innen über das Vergesellschaftungsgesetz abstimmen. Stimmen sie mehrheitlich dafür, tritt es sofort in Kraft.

»Mit diesem Gesetz schreiben wir Geschichte: Es ermöglicht die erste Vergesellschaftung auf Basis von Artikel 15 des Grundgesetzes – ein historischer Moment für Berlin«, erklärt Armin Rothemann, Jurist und Sprecher der Initiative.

Der Gesetzesentwurf beantwortet zentrale Fragen zur praktischen Umsetzung der Vergesellschaftung. Er legt fest, welche Wohnungsbestände von Konzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Gemeineigentum überführt werden und wie dieser Prozess abläuft. Darüber hinaus sieht der Entwurf eine Entschädigung deutlich unter Verkehrswert der Immobilien vor und ermöglicht so faire Mieten bei voller Refinanzierung aus laufenden Mieteinnahmen: So muss Berlin keine Schulden für die Entschädigungssumme machen.

»Die Profitgier großer Konzerne hat Berlin in eine schwere Mietenkrise gestürzt«, erklärt Isabella Rogner, Sprecherin der Initiative. »Während der Senat die Umsetzung unseres erfolgreichen Volksentscheids blockiert, haben wir ein Gesetz für Berlin geschrieben. Mit der Vergesellschaftung verhindern wir Verdrängung, Armut und soziale Spaltung. So wird Wohnen wieder bezahlbar – und Berlin bleibt unsere Stadt.«

Rechtsanwalt Prof. Dr. Remo Klinger, beteiligt an der Erarbeitung des Gesetzes, erklärt dazu: »Der Gesetzentwurf ist das Ergebnis von zwei Jahren intensiver Arbeit. Rechtlich ist die Vergesellschaftung zulässig: Art. 15 des Grundgesetzes ist geltendes Recht. Die Volksinitiative wendet in zulässiger Weise das an, was im Grundgesetz steht.«

Dr. Ulrike Hamann-Onnertz, Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins, führt aus: »Mit ihrem Vergesellschaftungsgesetz hat Deutsche Wohnen & Co enteignen die Aufgabe erledigt, für die der Senat seit 2021 den Auftrag hat. Sie liefern ein Gesetz als konkrete Anleitung, um den Mietenwahnsinn zu stoppen und die Vergesellschaftung umzusetzen. Dabei wurden faire Verfahren zur Entschädigung gefunden, die auf bestehenden Regelungen beruhen. Heute ist ein guter Tag für die Berliner Mieter*innen.«

Prof. Dr. Isabel Feichtner, seit 2024 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Initiative, ergänzt: »Ich freue mich, dass nach zwei Jahren intensiver wissenschaftlicher Arbeit nun ein Gesetzesentwurf vorliegt, der die Erkenntnisse der Kommission aufnimmt und für das konkrete Vergesellschaftungsprojekt in Berlin operationalisiert. Er ist ein Meilenstein in der juristischen Debatte über Vergesellschaftung, die vielleicht noch nie so wichtig war wie heute.«

Angelehnt an ein parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren startet die Initiative nun den Dialog mit Verbänden, Parteien und der Fachöffentlichkeit. Zeitgleich arbeitet die Initiative am zweiten Teil des Gesetzes zur Bewirtschaftung der vergesellschafteten Wohnungen durch eine Anstalt öffentlichen Rechts. »Unser Ziel ist es, das bestmögliche Vergesellschaftungsgesetz für Berlin vorzulegen und so bald wie möglich als Volksbegehren einzubringen«, so Rothemann abschließend.

Zukunftsentscheid – eine Replik auf die angeblich hohen Kosten für die Mieter*innen und die SAGA

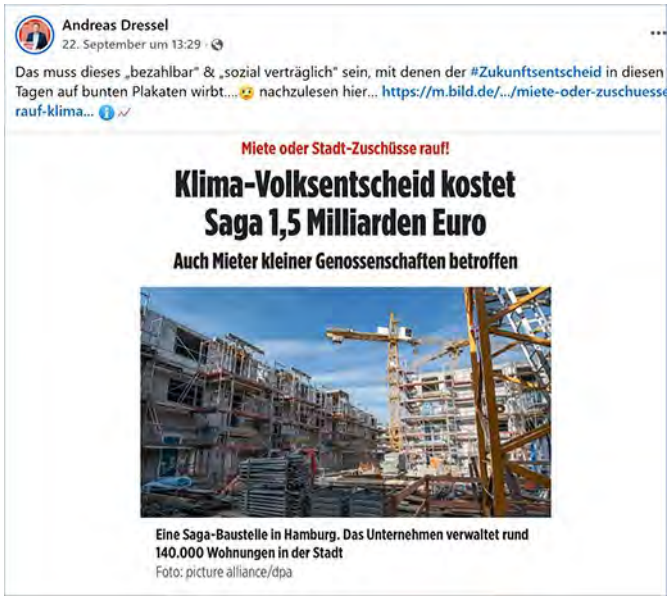
Kurz vor der Abstimmung am 12. Oktober über den Zukunftsentscheid schlugen die Wogen noch einmal hoch. Im *Hamburger Abendblatt* und auf Facebook nahm vor allem Andreas Dressel viel Raum ein, um vor den angeblich hohen Belastungen der Bürger*innen durch den Zukunftsentscheid zu warnen. Nicht als Senator, sondern als einfacher Bürger will Dressel sich verstanden wissen. Mal abgesehen davon, dass einfache Bürger*innen nicht diesen Platz im *Abendblatt* bekommen, waren seine Behauptungen vielfach aus der Luft gegriffen. Thomas Iwan, Vorsitzender der Bezirksfraktion Wandsbek und Co-Landessprecher der Partei DIE LINKE, hat die Argumentation von Dressel zur SAGA auf Facebook auseinandergenommen. Seinen lesenswerten Beitrag hat er uns dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Wir bringen ihn hier wegen der grundsätzlichen Argumentation, auch wenn der Volksentscheid bereits vor Erscheinen dieses Bürger*innenbriefs gelaufen ist.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Klimaneutralität 2040:
für öffentliche Unternehmen im rot-grünen Koalitionsvertrag schon festgeschrieben

Von Thomas Iwan

Der Ausflug von unserem werten Herrn »ich äußere mich hier nur als Bürger«-Finanzsenator-Dressel in die populistische Abendblatt-Funke-Medien-Ecke ist zwar schon ein paar Tage her, da er aber nahezu täglich nachzulegen pflegt, vielleicht doch noch einmal ein paar Takte zur Einordnung, was das Ziel klimaneutrale SAGA 2040 betrifft:



Facebook-Eintrag von Finanzsenator Dressel vom 22. September

Klimaneutralität 2040

Laut eigenen Angaben der Stadt gehört die SAGA als öffentliches Unternehmen zum Konzern Hamburg. Wie der Finanzsenator selbst nicht müde wird zu betonen, plant die Stadt für die öffentlichen Unternehmen doch ohnehin die Klimaneutralität bis 2040. Das steht übrigens auch so im Koalitionsvertrag *(siehe rechts Auszug von Seite 7)*.

Warum also wird hier aktiv gegen eine klimaneutrale SAGA 2040 gewettert, wenn man es sich doch eigentlich selbst auf die Fahne geschrieben hat?

Im Stadtentwicklungsausschuss darauf angesprochen, meinte übrigens die zuständige Senatorin Pein (SPD), dass öffentliche Wohnungsunternehmen – SAGA, f&w und p&w – explizit in der Stadtwirtschaftsstrategie rausgenommen worden seien. Komischerweise findet man in besagter Strategie aber nirgendwo, dass sie für die SAGA nicht gelten soll. Im nebenstehenden Grußwort vom Bürgermeister wird sie sogar explizit als Teil der »Hamburger Stadtwirtschaft« genannt.

Auch die BUKEA (mit Zitat von Herrn Dressel) haute beispielsweise im April 2024 noch (oder schon) eine Pressemitteilung raus, in der die Klimaneutralität der öffentlichen Unternehmen für 2040 angestrebt wird. Auch hier wird explizit das Logo der SAGA aufgeführt.

Erkennbar wird die SAGA als Teil des Konzerns Hamburg angesehen:

Die öffentlichen Unternehmen im Konzern Hamburg leisten mit der Stadtwirtschaftsstrategie zentrale Beiträge zur Daseinsvorsorge. Wir wollen die erfolgreiche Stadtwirtschaftsstrategie fortsetzen und diese Erfolge mit vorhandenen Kennzahlen transparent machen. Unser Ziel bleibt es, dass die öffentlichen Unternehmen Hamburgs bis 2040 klimaneutral sind. Dort, wo es sinnvoll ist, werden weiterhin Partnerschaften mit privaten Unternehmen gestartet, wie beim Flughafen, im Hafen oder bei der Glasfaserversorgung. Gemeinsam soll – unterstützt durch ein Wirkungsmonitoring – an den Zielen Klimaneutralität im Konzern bis 2040, gute Arbeit, mehr Frauen in den Geschäftsleitungen und Aufsichtsgremien gearbeitet werden. Ziel bleibt es, dass wir den Anteil von Frauen an Geschäftsleitungen und Vorständen von Unternehmen auf mindestens 30 Prozent bis zum Ende der Legislaturperiode erhöhen.

Dr. Peter Tschentscher
Erster Bürgermeister
Freie und Hansestadt Hamburg

GRUSSWORT

Hamburgs öffentliche Unternehmen und die Freie und Hansestadt Hamburg als ihre Gesellschafterin bilden gemeinsam die „Hamburger Stadtwirtschaft". Hamburg Wasser, die Hamburger Energiewerke, die Hamburger Hochbahn, die Stadtreinigung Hamburg, das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, die Elbkinder Kindertagesstätten, das SAGA-Wohnungsbauunternehmen, die Hamburg Port Authority und viele weitere städtische Betriebe erfüllen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und kümmern sich um eine leistungsfähige städtische Infrastruktur.

Zur Stadtwirtschaftsstrategie, aus dem Grußwort des Bürgermeisters

Ziel der Klimaneutralität bis 2040: Hamburger Senat verpflichtet öffentliche Unternehmen zu umfangreicher Treibhausgas-Bilanzierung und Entwicklung ambitionierter Klimaschutzstrategien

02. April 2024 Presseinformation

Der Hamburger Senat hat in der Senatskommission für öffentliche Unternehmen (SköU) beschlossen, die großen Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Hamburg ab 2024 schrittweise zur Entwicklung von ambitionierten Klimaschutzstrategien zu verpflichten. Die öffentlichen Unternehmen sollen ihre Treibhausgas-Emissionen zukünftig nach einheitlichen Vorgaben bilanzieren, um darauf aufbauend Strategien zur Erreichung von Klimaneutralität („Netto Null-Treibhausgasemissionen"), bestmöglich bereits zum Jahr 2040, zu entwickeln. Mit der Verpflichtung setzt der Senat eine wichtige Maßnahme der im März 2022 beschlossenen Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie sowie ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrags um. Über einen Stufenplan werden im ersten Schritt insbesondere große öffentliche Unternehmen ab 2024 in die Pflicht genommen, ihre Treibhausgas-Bilanzen und Klimastrategien zu aktualisieren. Ab 2025 müssen dann auch weitere öffentliche Unternehmen die Vorgaben umsetzen.

Pressemitteilung der BUKEA vom 2. April 2024

> Darüber hinaus sollen alle öffentlichen Unternehmen ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten, indem sie auch ihre eigenen Treibhausgasemissionen bestmöglich reduzieren. Im Zentrum des Steuerungsbereichs Klimaschutz und Klimaanpassung steht deshalb das Ziel für die öffentlichen Unternehmen, zügig Konzepte und Strategien zu entwickeln, um spätestens bis 2040 bilanzielle Klimaneutralität zu erreichen.

Zur Stadtwirtschaftsstrategie, Kapitel 3.5.1 (Link)

Zusammengefasst werden hier die Hamburger*innen vom Senat auf die eine oder andere Weise für dumm verkauft. Entweder hat man ihnen in den letzten Jahren in Koalitionsvertrag, Pressemitteilungen und Drucksachen den Eindruck vermittelt, die öffentlichen Unternehmen inklusive SAGA würden 2040 klimaneutral sein, obwohl man das gar nicht vorhatte, oder man steht zu seinen Worten, tut nun aber so, als hingen die notwendigen Investitionen nur am Zukunftsentscheid, und nicht an der eigenen Agenda.

Die 1,5 Milliarden Euro

Laut dem Bild-Artikel handelt es sich um eine »erste indikative Kostenschätzung, die noch nicht dezidiert geprüft wurde«. Man könnte auch sagen, es wurde gewürfelt. Zu glauben, man könne Baukosten 15 Jahre in die Zukunft solide prognostizieren und sie ins Verhältnis zu 20 Jahre in die Zukunft prognostizierten Baukosten setzen, ist gelinde gesagt mutig. Was niemand bestreitet ist, dass eine erhöhte (weil vorgezogene) Nachfrage tendenziell die Preise eher steigen lässt. Auf der anderen Seite ist bauen vor 2040 aber deutlich günstiger als danach, weil aufgrund der immer knapper werdenden CO_2-Zertifikate deren Preise stark ansteigen werden. Ab 2040 kostet eine Tonne CO_2-Emission (es gibt unterschiedliche Schätzungen) im schlechten Fall 300 bis 400 Euro und damit bis zu siebenmal mehr als heute (55 Euro/Tonne). An allen Ecken und Enden werden die Kommunen und Unternehmen noch schnell ihre Bauinvestitionen anschieben wollen, bevor ab 2045 keine CO_2-Zertifikate mehr ausgegeben werden. Wohl dem, der sich dieses Rennen um knappe Ressourcen von außen ansehen kann, weil die notwendigen Investitionen in den Gebäudebestand schon 2040 abgeschlossen worden sind. Welcher Kosteneffekt am Ende überwiegt, kann ich seriös nicht sagen, aber zumindest ein Fragezeichen daran machen, wenn (natürlich ohne Vorlage der entsprechenden Kalkulation) solche Zahlen rausgehauen werden.

Einige argumentieren, die Mehrkosten von 1,5 Milliarden Euro würden vor allem aus Vorfälligkeiten resultieren (Heizungen/Fenster etc., die vor Ende ihrer natürlichen Lebensdauer ersetzt werden müssen). Aber hier lohnt sich ein Blick in die Studie der BUKEA, die im September vorgelegt wurde (s. Faksimile nächste Seite oben). Laut dieser Studie kann die SAGA ihre Sanierungsrate deutlich nach oben schrauben, ohne besagte Vorfälligkeiten zu riskieren. Auch das kann also nicht der Grund sein.

Wer zahlt?

Nehmen wir die 1,5 Milliarden Euro also trotz verschiedenster Fragezeichen mal als gegeben hin. Wer muss die nun zahlen? Senator Dressel, flankiert von Herrn Breitner (SPD) vom Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW), hat ja aufgerufen, dass das Vorziehen der Klimaneutralität von 2045 auf 2040 die Mieter*innen 1,5 Euro je Quadratmeter Kaltmiete zusätzlich kosten wird.

Aktuell überweist die SAGA dem Hamburger Senat im Schnitt jedes Jahr 200 Millionen Euro Gewinn. Man könnte auch sagen, SAGA-Mieter*innen müssen in Hamburg aktuell eine jährliche Sonderabgabe von 200 Millionen Euro an den Senat abdrücken (komischerweise haben sich hier Senator Dressel und der Rest der Regierung noch nie über die Belastung der Menschen beklagt). Schon die Hälfte dieses Gewinns, über die nächsten 15 Jahre in die Sanierung investiert, würde ausreichen, um die Klimaneutralität für die Mieter*innen kostenneutral auf 2040 vorzuziehen.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Maßnahmen zur Klimaneutralität im Jahr 2040 – Sektor Privathaushalte (Sanierungsoffensive SAGA)

- Mit der SAGA verfügt Hamburg über das größte kommunale Wohnungsunternehmen Deutschlands. Die SAGA verwaltet rund 135.000 Wohnungen, überwiegend in Mehrfamilienhäusern. Der Wohnungsbestand entspricht etwa 15% der gesamten Wohnfläche Hamburgs. Hinzu kommen rund 1.400 Gewerbeobjekte. Aufgrund ihrer Eigentümerstruktur ist die SAGA ein Schlüsselakteur, auf den die Stadt direkten Einfluss nehmen kann.
- Das Zielbild der SAGA umfasst das Ziel (Oberziel V): *„Entwicklung der SAGA zu einem der führenden deutschen Wohnungsbau-unternehmen auch in den Bereichen der energetischen Sanierung und energiesparender Bauweisen"*. Laut Nachhaltigkeitsbericht 2022 lag die energetische Sanierungsrate der SAGA bei 1,2%. Dies liegt knapp unter der in der BSW-Machbarkeitsstudie ermittelten durchschnittlichen Sanierungsrate für Mehrfamilienhäuser von 1,26%. Angesichts einer durchschnittlichen Lebensdauer der großflächigen Bauteile (Außenwand, Dach) von 40-50 Jahren sowie von Fenstern von 30 Jahren erscheint eine deutliche Steigerung der Sanierungsrate realistisch, ohne dabei Vorfälligkeiten (Sanierungen außerhalb des regulären Erneuerungszyklus) zu riskieren.

Aus der BUKEA-Studie vom September 2024, Seite 30.

Aber selbst wenn alles umgelegt werden würde (was, wie ausgeführt, nicht notwendig ist). Die Gesamtwohnfläche der SAGA beträgt 8,5 Millionen Quadratmeter (siehe Geschäftsbericht 2024). Die großflächigen Investitionsgüter Außenwand, Dach und Fenster haben eine durchschnittliche Lebensdauer von 30 bis 50 Jahren. Rechnen wir also mal, dass die SAGA im Schnitt 40 Jahre Zeit hat, die Investitionen zu refinanzieren, bevor sie erneut fällig werden.

▸ 1.500.000.000€ / [8.500.000m^2 x (40 x 12)Monate] = 0,37€/ m^2 je Monat.

Das sind komischerweise 75 Prozent weniger als die von Senat und Verbänden rausposaunten Zahlen. Echt verrückt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass für Mieter*innen nicht die Kaltmiete, sondern die Warmmiete die relevante Größe ist. Wer fossil heizt (oder gezwungen ist zu heizen), wird ab 2040 je nach Steigerung des CO_2-Preises mit 6 bis 8 Cent pro Kilowattstunde zusätzlichen Heizkosten rechnen müssen. Da kann sich ein*e jede*r ja mal die Betriebs- und Heizkostenabrechnung schnappen und schauen, was das bedeutet. In der Regel dürften die gesparten Energiekosten höher ausfallen als die leicht gestiegene Kaltmiete ▹ Die Warmmiete steigt also nicht.

2.3.2 Immobilien

Zum 31. Dezember 2024 bewirtschaftete die SAGA Unternehmensgruppe eigene sowie von der FHH angemietete Objekte mit einer Gesamtwohnfläche von 8.504.270 m², die nahezu vollständig innerhalb der Grenzen Hamburgs liegen und sich wie folgt aufteilen:

OBJEKTE

	Gesamt	Eigener Bestand	Bestand FHH
Wohnungen	140.027	139.357	670
Gewerbeobjekte	1.527	1.471	56
Soziale Einrichtungen	277	275	2
Garagen/Einstellplätze	20.587	20.578	9
Stellplätze	26.426	26.374	52

Aus dem Geschäftsbericht der SAGA 2024, Seite 24.

Aber die Ressourcen?!

Wo sollen wir denn die ganzen Handwerker*innen hernehmen, wir haben doch Fachkräftemangel? Ich gebe zu, das ist tatsächlich ein valider Punkt. Und möglicherweise könnten wir darüber auch ernsthaft diskutieren. Aber der Senat versucht uns hier gerade weiszumachen, dass für die (ohnehin notwendige) Sanierung des Gebäudebestands kein Personal und Geld verfügbar ist, aber gleichzeitig der Bau der A26, das Umbuddeln der halben Stadt für die U5 und das Ausrichten der Olympischen Spiele 2036 oder 2040 kein Problem darstellt. Vielleicht ist also die Ressourcendiskussion beim Zukunftsentscheid auch lediglich ein Strohmann, um nicht priorisieren zu müssen.

Zusammengefasst:

- Die SAGA kann bis 2040 klimaneutral werden, das sagen sogar die eigenen Studien des Senats.
- Eigentlich hat sich der Senat die Klimaneutralität sogar selbst vorgenommen (oder er führt die Menschen seit längerem an der Nase herum).
- Die kolportierten 1,5 Milliarden Euro Mehrkosten sind mit Vorsicht zu genießen.
- Auch wenn sie stimmen sollten, könnte die SAGA diese Kosten aus den eigenen Gewinnen tragen. Und selbst wenn nicht, lägen die Mehrkosten bei der Miete nur bei einem Viertel der behaupteten. Zahl, und wären voraussichtlich warmmietenneutral.

Im Übrigen, ob es die Stadt auf den Tag genau bis zum 31. Dezember 2040 schafft, klimaneutral zu werden, ist nicht das Entscheidendste. Aber durch die Annahme des Zukunftsentscheids wird die Stadt verpflichtet, jedes Jahr genau auf das Erreichte und noch zu Erreichende zu schauen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Und das ist für mich das eigentlich Entscheidende, dass die Klimapolitik endlich auch Tagespolitik wird. Wenn das nämlich nicht passiert, dann können wir uns auch von dem Ziel Klimaneutralität 2045 verabschieden.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Zuallerletzt: Die Ergebnisse der beiden Volksentscheide

Am Sonntag, den 12. Oktober, haben sich laut vorläufiger Auszählung fast 304.000 Hamburger*innen (= 53,2 Prozent) für den Zukunftsentscheid (Erreichung der Klimaziele bereits bis 2040) ausgesprochen. Er ist damit maßgebend für den »rot-grünen« Hamburger Senat, der bis zuletzt dagegen polemisiert hat. Abgelehnt wurde dagegen im anderen Volksentscheid das Modellprojekt Grundeinkommen, gegen das 356.690 Bürger*innen (= 62,6 Prozent) votierten.

Nächtliche NDR-Meldung zum »Zukunftsentscheid«:
Nach Angaben des Statistikamtes Nord stimmten 303.936 Hamburgerinnen und Hamburger für den »Zukunftsentscheid«, das entspricht 53,2%. 46,8% oder 267,495 Menschen sprachen sich dagegen aus. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 43,6%.

NDR-Meldung zum Volksentscheid »Hamburg testet Grundeinkommen«:
Nach Angaben des Statistikamtes Nord stimmten 213.380 Hamburger*innen für den Gesetzentwurf der Initiative, das entspricht 37,4%. Eine Mehrheit von 62,6% oder 356.690 Menschen sprach sich dageben aus. Die Beteiligung lag bei 43,6%.

VSA: Erhellender Lesestoff für trübe Tage

Gine Elsner
Was wir von Corona lernen könnten
Über die Entstehung, Eindämmung und den politischen Umgang mit einer Pandemie
176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-256-1

Joachim Bischoff
Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?
Von Engels' »Anti-Dühring« zum Epochenbruch am Ende des Zeitalters der Erschöpfung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-172-4

Jürgen Bönig
Karl Marx in Hamburg
Der Produktionsprozess des »Kapital«
184 Seiten | in Farbe, viele unveröffentlichte Fotos und Abbildungen; gegen eine Spende von € 19.80 auf www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/karl-marx-in-hamburg/ herunterladbar.
ISBN 978-3-89965-751-7 1

Thomas Stieber
Muster migrantischer Arbeit
Arbeitssoziologische Untersuchungen an einem Großkrankenhaus
392 Seiten | Klappenbroschur | € 26.80
ISBN 978-3-96488-257-8

Alexander Rahr/Antje Vollmer/Daniela Dahn/Dieter Klein/Hans-Eckardt Wenzel/Ingo Schulze/Marco Bülow/Michael Brie/Peter Brandt/Petra Erler
Lasst alle Hoffnung fahren
Zornige Blicke | Eine Flugschrift | 120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-254-7

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter **www.vsa-verlag.de**

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp

Erinnerung an die Taten der Mörder des NSU

Von Michael Joho

Von der Museen-Homepage, wo es auch weitere Infos zur Ausstellung und zum umfangreichen Begleitprogramm gibt.

Justament zum Zeitpunkt der Herausgabe dieses »Bürger*innenbriefes« eröffnet im **Altoner Museum** (Museumstraße 23) die neue **Ausstellung »Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU«**. Das düstere Plakat lässt bereits eine der schrecklichsten Verbrechensserien im jüngeren Deutschland erahnen: die zehn Morde, die das Trio des »Nationalsozialsozialistischen Untergrunds« (NSU) in den Jahren 2000 bis 2007 verübt hat. Unter den Opfern: neun Männer mit türkischem oder griechischem Hintergrund und eine Polizistin. Zwei weitere Sprengstoffanschläge in Köln mit vielen Verletzten seien hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Die Mordserie ist das eine, das andere ist der Umgang der Ermittlungsbehörden damit, denn die Polizei ging jahrelang nicht von Tätern aus dem rechtsextremistischen Zusammenhang aus, sondern unterstellte Motive aus dem migrantischen Umfeld.

Die Künstlerin Regina Schmecken hat 2013 und 2015/16 die verschiedenen Tatorte der NSU-Mörder in acht deutschen Städten besucht und fotografiert. »Ihre großformatigen Schwarzweißaufnahmen zeigen die verstörende Normalität der Schauplätze von Hass und Gewalt inmitten deutscher Städte«, heißt es in Ausstellungsankündigung. »Ihre Fotografien versuchen das Ungeheuerliche dieser Taten begreifbar zu machen und rufen in Erinnerung: Diese Attentate waren Angriffe auf universelle Menschenrechte und damit auch auf unsere gesamte Gesellschaft«. Die Tatorte verweisen auf die Opfer, darunter der damals 31jährige Süleyman Taşköprü, der am 27. Juni 2001 in der Schützenstraße in Bahrenfeld ermordet wurde.

Neben der Fotoausstellung lädt das Altonaer Museum ein zu einem Besuch in einem benachbarten Vorführraum, wo Videointerviews von Zeitzeug*innen, Engagierten und Betroffenen präsentiert werden. Eine »partizipative Installation« soll zudem zum Nachdenken anregen, wer die Getöteten waren, wer erinnert, an wen erinnert wird und an wen nicht. Der Raum beinhaltet auch noch eine weitere Ausstellung zur rechten Gewalt in Hamburg seit 1945. Das Rahmenprogramm der **vom 15. Oktober 2025 bis zum 7. Juli 2026 laufenden Ausstellung** sieht eine größere Anzahl von Einzelveranstaltungen sowie Führungen vor. Deniz Celik, in der Linksfraktion Fachsprecher u.a. für den Bereich Antifaschismus, wird in Kürze zu einer solchen Führung einladen. Wen's interessiert schaut am besten auf seine Homepage. ●

Süleyman Tasköprü (31) 27.06.2001, Hamburg, Schützenstraße, Exponat der Ausstellung (Foto: Regina Schmecken)

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg